Ausgabe für Groß-Berlin — 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 15. April 1926
Donnerstag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48. Wilhelmstrasse 30–32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979–5999. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: Welt und Werk * Kraft und Stoff — Wirtschaft und Recht — Weltverkehr * DAZ im Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68. Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

65. Jahrgang
15. 4. a — Nr. 175 — 10 Pfennig

Rückversicherung?

Die Veröffentlichung der „Times" über den bevorstehenden Abschluß eines deutsch-russischen Vertrages hat in der in- und ausländischen Presse zu lebhaften Erörterungen geführt. Wie im vergangenen Monat selbst deutsche Parlamentarier gegenüber dem Vertreter der „Iswestija" in Verbindung mit den schon damals schwebenden Vertragsverhandlungen von einem Rückversicherungsvertrag sprachen, so ist dieses politische Schlagwort auch in der Presse des Inlandes und des Auslandes wieder in die Erscheinung getreten.

Von einem „Rückversicherungsvertrag" im Sinne des seinerzeit von Bismarck mit Rußland abgeschlossenen Vertrags kann aber keine Rede sein, da hierfür weder im Verhältnis Deutschlands zu den Locarnomächten noch zu Rußland die notwendigen politischen Vorbedingungen und realen Grundlagen gegeben sind.

Die Voraussetzung für den Rückversicherungsvertrag war seinerzeit das von Deutschland mit Oesterreich und Italien abgeschlossene Bündnis. Aus der Besorgnis heraus, daß Rußland den Dreibund als eine Bedrohung auffassen könne, schloß Bismarck mit Rußland den Vertrag, der die Aufrechterhaltung der beiderseitigen freundschaftlichen Beziehungen trotz des Dreibundes sicherstellte.

Die Voraussetzung für einen Rückversicherungsvertrag ist, im politischen wie im geschäftlichen Leben, ein bereits bestehender Versicherungsvertrag. Der Versicherungsvertrag war zu Bismarcks Zeit das Bündnis mit Oesterreich und Italien. Ein solches Bündnis mit fremden Mächten ist Deutschland nicht eingegangen. Mit dem Nichtvorhandensein einer politischen Bindung gegenüber dem Westen fällt auch die Notwendigkeit zu einem Rückversicherungsvertrag, also zu einer politischen Bindung gegenüber dem Osten, fort.

Immerhin liegt diesem auf einen Rückversicherungsvertrag drängende Gedankengang deutscher politischer Kreise doch wohl ein berechtigtes Gefühl zugrunde: daß Locarno einen wichtigen Abschnitt in der deutschen Politik bedeutet und in gewissem Sinne einer Ergänzung gegenüber Rußland bedarf. Die Sowjetregierung hat nun einmal — ob berechtigt oder unberechtigt, sei hier nicht untersucht — eine ausgesprochene Abneigung gegen den Völkerbund und empfand die Bereitwilligkeit Deutschlands zum Beitritt als einen politischen Systemwechsel und als eine Abkehr von Rapallo. Darüber hinaus hegt sie ernstliche Befürchtungen, ob Deutschland nicht durch die Bestimmungen des Artikels 16 in antisowjetistische Aktionen militärischer oder wirtschaftlicher Art verstrickt werden könnte. Auch die deutsche Regierung hat das Bedürfnis gehabt, ihre Verpflichtungen aus Artikel 16 zu klären. Daher die berühmte „Lettre de bateau" von Locarno, die diesen deutschen Gedanken Rechnung zu tragen bestimmt war.

Aus der russischen Presse spricht nun deutlich der Wunsch der Sowjetregierung, die Absichten der deutschen Politik gegenüber Rußland klarzustellen. Die Sowjetregierung hat insbesondere den Wunsch, über die Neutralität Deutschlands gegenüber etwaigen feindlichen Handlungen von dritter Seite beruhigende Zusicherungen zu erhalten. Dieser Wunsch deckt sich mit dem Bedürfnis der deutschen Politik, auch ihrerseits des Festhaltens Rußlands an Rapallo versichert zu sein.

Rapallo bedarf — wenn auch vielleicht nicht juristisch, so doch gefühlsmäßig — nach Locarno einer Ergänzung. Der Rapallovertrag muß den Locarnoverträgen angeglichen werden. Wir würden es, wie hier häufig ausgeführt, begrüßen, wenn die deutsche und die Sowjetregierung für diese politischen Bedürfnisse beider Länder eine Formel fänden, die natürlich mit den Völkerbundsverpflichtungen Deutschlands im Einklang stehen müßte.

Es wäre verfehlt, bei politischen Erörterungen dieser Art, wie es vielfach geschieht, hochtönende Worte, wie Ost- oder Westorientierung, in den Mund zu nehmen. Deutschland ist nicht in der Lage und nicht willens, zu optieren, weder für den Osten noch für den Westen. Ebensowenig wie Locarno eine Westorientierung bedeutet, würde ein politsches Abkommen mit Rußland eine Ostorientierung bedeuten. Deutschlands politisches Ziel ist eine Befriedung Europas. Seine geographische Lage und sein politisches Interesse befähigen es, zur Erreichung dieses Zieles beizutragen, indem es die Kluft zu verringern hilft, die Rußland heute noch von Europa trennt.

y.

Verfallserscheinungen im englischen Parlamentarismus.

London, 15. 4. (Reuter.)

Bei der die ganze Nacht durchdauernden Kommissionsaussprache über die Sparsamkeitsvorlage der Regierung trat um 6 Uhr morgens eine ganz außerordentliche Lage ein, die zur Ausschließung von 13 Mitgliedern der Arbeiterpartei führte, weil sie eine ganz neue Obstruktionsmethode in Anwendung brachten. Bei der Abstimmung über den von der Arbeiterpartei eingebrachten Vertagungsantrag blieben Lansbury, Wheatley und elf andere Mitglieder der Arbeiterpartei in der Halle vor der Abstimmungstür zurück, wo sie über eine halbe Stunde unter Späßen und Gesang verblieben, wodurch die ganze Sitzung aufgehalten wurde. Der Vorsitzende der Kommission und die Minister berieten längere Zeit und entschlossen sich endlich, den Sprecher des Unterhauses aus dem Bett zu holen. Unter lärmenden Widerspruch der Arbeiterpartei stellte Neville Chamberlain den Antrag, die 13 Mitglieder der Arbeiterpartei von der Sitzung auszuschließen. Die Arbeiterpartei griff darauf zur selben Taktik. Nachdem noch eine weitere halbe Stunde verlaufen war, gab der Sprecher den Stimmzählern Anweisung, das Abstimmungsergebnis bekannt zu geben. Es ergab sich, daß der Antrag Chamberlains mit 163 gegen 76 Stimmen angenommen war. Die dreizehn ausgeschlossenen Mitglieder der Arbeiterpartei wurden darauf aufgefordert, den Saal zu verlassen und die Beratungen wurden wieder aufgenommen.

a. **Paris**, 15. 4. (Eigenbericht.)

Der amerikanische Botschafter in Paris, Mylord F. Herrick, hat seine Besuchsreise in Marokko beendet und wird demnächst in Paris zurückerwartet.

Die deutsche Antwort an den Völkerbund.

Deutschland behält sich seine Entschlußfreiheit vor.

Die deutsche Antwort an den Völkerbund, die am Donnerstag in Genf übergeben worden ist, hat folgenden Wortlaut:

„Herr Generalsekretär! Indem ich den Empfang Ihres Schreibens vom 20. März d. J. bestätige, beehre ich mich Ihnen mitzuteilen, daß die deutsche Regierung bereit ist, einen Vertreter zur Teilnahme an den Beratungen der Kommission zu entsenden, die durch Beschluß des Völkerbundsrates vom 18. März d. J. eingesetzt worden ist, um die Frage der Zusammensetzung des Rates sowie die Zahl seiner Mitglieder und das Verfahren ihrer Wahl zu prüfen. Die Benennung des deutschen Vertreters darf ich mir vorbehalten. Ich gestatte mir, hierbei darauf hinzuweisen, daß sich der deutsche Vertreter, da Deutschland nicht Mitglied des Völkerbundes ist, bei den Beratungen der Kommission naturgemäß in einer anderen Lage befinden wird als die Vertreter der übrigen beteiligten Mächte. Diese besondere Lage Deutschlands wird nicht nur von dem deutschen Vertreter berücksichtigt werden müssen, sondern macht es auch notwendig, ausdrücklich hervorzuheben, daß seine Teilnahme an den Beratungen die Freiheit der Entschließung der deutschen Regierung hinsichtlich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund nicht berühren kann.

Genehmigen Sie, Herr Generalsekretär, den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung.

gez. Stresemann."

*

Die durch Beschluß des Völkerbundsrates vom 18. März d. Js. eingesetzte Studienkommission für die Frage der Umorganisation des Rates des Völkerbundes hat nur beratende und nicht entscheidende Stimme. Die Beschlüsse der Studienkommission werden durch Abstimmung herbeigeführt, bei der die einfache Stimmenmehrheit entscheidet. Der Mehrheitsbeschluß wird ebenso wie die etwa zustande kommenden Minderheitsbeschlüsse dem Völkerbund eingereicht, bei dem die Entscheidung liegt. Nach den bisher vorliegenden Meldungen ist man sich weder in Paris noch in London über die zu entsendenden Vertreter schlüssig geworden. Selbst die Frage, ob Juristen oder Politiker an der Konferenz teilnehmen, ist noch nicht geklärt.

Die Abmachungen mit Rußland.

Man nimmt Anstoß an der Neutralitätsklausel.

sx. **London**, 15. 4. (Eigenbericht.)

Der rußlandfeindliche diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" berichtet heute über die neuen Paktverhandlungen unter der Ueberschrift: „Neue Intrigen der Sowjetdiplomatie, die Kampagne gegen den Völkerbund." Der Berichterstatter betont, die freimütige deutsche Mitteilung an die englische Regierung von dem beachtenswerten Abschluß eines Vertrages mit Rußland habe einen guten Eindruck gemacht, besonders, da diese Erklärung mit der ausdrücklichen Versicherung verbunden sei, daß das neue Abkommen weder gegen den Buchstaben noch den Geist von Locarno und gegen den Völkerbund verstoßen würde. Ueber den Inhalt des Vertrages glaubt er zu wissen, daß er

eine sogenannte begrenzte Neutralitätsklausel

enthalte. Er bezeichnet im Zusammenhang mit dem serbisch-italienischen Vertrag von 1924 und mit dem kürzlich abgeschlossenen französisch-türkischen Vertrag über die syrische Grenze eine solche Neutralitätsklausel für unvereinbar mit den Satzungen des Völkerbundes. Selbst der Quai d'Orsay hätte sich scheinbar mit dieser Auslegung einverstanden erklärt und versuche eine Umarbeitung der Neutralitätsklausel in dem französisch-türkischen Vertrag. Deutschland und Sowjetrußland seien allerdings gegenwärtig nicht Mitglieder des Völkerbundes. Deutschland hätte aber seinen Antrag auf Eintritt bereits gestellt. Schließlich versucht der Berichterstatter, Rußland bei Deutschland zu diskreditieren, da Tschitscherin gleichzeitig Polen denselben Vorschlag gemacht habe wie Deutschland.

Die englische Kritik scheint weniger auf Mißtrauen gegen Deutschland zu beruhen, als auf dem persönlichen Gefühl, daß gegenüber den Kontinentalmächten

England in der Regelung seines Verhältnisses zu Rußland ins Hintertreffen

komme. Man wird daher gut tun, in Berlin die englische Kritik nicht zu überschätzen.

Frankreich von den deutschen Erklärungen befriedigt.

a. **Paris**, 15. 4. (Eigenbericht.)

Wie verlautet, haben die Botschafter des Deutschen Reiches in den alliierten Hauptstädten Erklärungen über die im Laufe befindlichen deutsch-russischen Verhandlungen abgegeben. Es handelt sich um ein Abkommen der guten Nachbarschaft ähnlich dem, das zwischen Rußland und der Türkei abgeschlossen wurde. Es steht keineswegs im Widerspruch mit den Grundsätzen von Locarno, deren Anwendung es vielmehr darstellt. Die alliierten Regierungen betrachten diese Aufklärungen als befriedigend. Immerhin glaubt man, Sowjetrußland werde zweifellos aus den Verhandlungen nach den bisherigen Mißerfolgen der verfrühten Kombinationen im Westen mehr Vorteile zu ziehen versuchen, ferner neigt man der Ansicht zu, daß ein sehr großer Teil der deutschen öffentlichen Meinung einer Annäherung an Rußland unbedingt ablehnend gegenüberstehen werde.

Die deutsch-amerikanischen Ansprüche.

New York, 15. 4.

Nach einer Meldung der „Associated Preß" aus Washington erklärte Schatzsekretär Mellon heute im Ausschuß des Repräsentantenhauses, daß die schwebende Gesetzesvorlage zur Regelung der deutsch-amerikanischen Ansprüche die Billigung des Präsidenten Coolidge gefunden habe und daß das Schatzamt auf ihre schleunige Behandlung in der gegenwärtigen Kongreßtagung dringen werde.

*

Die Amerika-Abteilung des Bundes der Auslandsdeutschen, Berlin, Luisenstr. 27/28, und der Deutsch-Amerikanische Wirtschaftsverband, Berlin, Neue Wilhelmstr. 12/14, stellen Interessenten den vollen Wortlaut des Gesetzentwurfs, betr. die Rückgabe des deutschen Eigentums in Amerika, im Originaltext und in deutscher Uebersetzung auf Anforderung zur Verfügung.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Die tschechisch-polnischen Verträge.

Austausch der Ratifikationsurkunden in Prag.

kbg. **Wien**, 15. 4. (Eigenbericht.)

In Prag hat der polnische Ministerpräsident gestern die Ratifikationsurkunden des Schiedsgerichts zwischen Polen und der Tschechoslowakei unterzeichnet und die Ratifikationsurkunden des zwischen beiden Staaten abgeschlossenen Vertrages über juristische und finanzielle Angelegenheiten ausgetauscht. Dieser letztere Vertrag regelt auch den beiderseitigen Minderheitenschutz. Es ist schon seinerzeit im Prager Parlament darüber gesprochen worden, daß dieser Vertrag den polnischen Minderheiten mehr Rechte gewährt, als die 3½ Millionen Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei haben. Die Verhandlungen über den Handelsvertrag waren so weit vorgeschritten, daß sie noch in der Nacht unterzeichnet sein dürften. In einer Aussprache mit tschechischen Journalisten erklärte Graf Skrzynski, daß die tschechischen und polnischen Interessen identisch seien. Ferner ist ein Flugabkommen unterzeichnet worden.

*

kbg. **Wien**, 15. 4. (Eigenbericht.)

In Prag werden die Veränderungen im Kabinett Czerny als unmittelbar bevorstehend angekündigt. Man erwartet sie für heute. Es wird angenommen, daß sie sich darauf beschränken, daß der Chef der Regierung, Czerny, als solcher zurücktritt und nur das Innenministerium behält, während der Fürsorgeminister Schießl den Posten des Ministerpräsidenten übernehmen soll.

Graf Skrzynski in Wien.

kbg. **Wien**, 15. 4. (Eigenbericht.)

Der polnische Ministerpräsident Graf Skrzynski ist heute morgen in Wien eingetroffen. In seiner Begleitung befinden sich der Leiter der polnischen Abteilung im polnischen Außenamt, Lakasiewicz, ferner der Sektionschef für die diplomatischen Protokolle, Graf Przezdzieck̈i, und der Privatsekretär des Ministerpräsidenten, ferner der handelspolitische Sektionschef Cliwic. Zum Empfang waren Bundeskanzler Ramek, der leitende Beamte der Präsidentschaftskanzlei des Bundespräsidenten, der polnische und der tschechische Gesandte in Wien, ferner eine Reihe hoher Beamter erschienen. Die Begrüßung war sehr herzlich. Vormittag begannen die offiziellen Besuche und Beratungen. Am Abend ist beim Bundeskanzler Ramek ein Essen und nachher ein großer politischer Empfang.

Der Sturm gegen Stefan Raditsch.

kbg. **Wien**, 15. 4. (Eigenbericht.)

Der jugoslawische Ministerpräsident hat auf einer Pressekonferenz sehr scharfe Aeußerungen über den Unterrichtsminister Stefan Raditsch gemacht. Die Lage ist unerträglich geworden, weil die von Raditsch Angegriffenen sich mit Gegenangriffen zur Wehr setzen und erklären, nirgends auf der ganzen Welt wäre ein derartiger Minister wie Stefan Raditsch möglich. Der Ministerpräsident hat auf Wunsch seiner Ministerkollegen den Unterrichtsminister aufgefordert, zurückzutreten. Dieser hat trotz mündlicher Wiederholung der Aufforderung, zurückzutreten, keine Antwort gegeben. Es wird erwartet, Raditsch werde jetzt zum Rücktritt gezwungen werden. Wenn Raditsch ausscheidet, dürften auch die übrigen kroatischen Minister ihre Demission geben.

*

kbg. **Wien**, 15. 4. (Eigenbericht.)

Die ungarische Nationalversammlung tritt heute zu einer formalen Sitzung zusammen. In den nächsten Tagen sollen die parlamentarischen Beratungen des Staatsvoranschlages für 1926/1927 beginnen. Die Regierung bemüht sich, die Erledigung des Staatsvoranschlages sicherzustellen und verhandelt darüber mit der parlamentarischen Opposition.

a. **Paris**, 15. 4. (Eigenbericht.)

Bei den gestrigen Versuchen der kommunistischen Staatsbeamten und Verkehrsangestellten, trotz des Regierungsverbotes ihre Straßenkundgebungen abzuhalten, kam es in später Abendstunde zu einigen Zusammenstößen vereinzelter Demonstrantengruppen mit der Polizei, wobei zehn Polizisten verletzt wurden. Von den zahlreichen Arretierungen wurden schließlich nur drei aufrechterhalten.

Italiens Interesse in Marokko.

Rom verlangt seine Beteiligung an der Verwaltung von Tanger.

fr. **Mailand**, 15. 4. (Eigenbericht.)

Die Friedensfühler, die von Frankreich und Spanien einerseits und Abd el Krim andererseits jetzt ausgestreckt werden, haben die ganze Aufmerksamkeit der italienischen zuständigen Kreise wachgerufen, denn durch diese Verhandlungen wird wieder die Tangerfrage aufgeworfen, die nach italienischer Auffassung nicht ohne Italiens Beteiligung als großer Mittelmeermacht gelöst werden könne.

Der gut unterrichtete römische Berichterstatter des „Corriere della Sera" schreibt dazu, möglicherweise würde Italien für Zugeständnisse im Rif Entschädigungen in Tanger verlangen. Wenigstens erörtert die „Times" die Frage, ob nicht die Uebergabe von Tanger an Spanien, die geographisch verständlich wäre, die unerfreulichen Verhältnisse einer internationalen Verwaltung verbessern würde. Diese englischen Bemühungen um die Geographie erscheinen den Italienern ungewohnt, und der Berichterstatter macht daher seine Vorbehalte dazu. Was Italien angehe, so habe die englische Presse früher selber anerkannt, daß sein Ausschluß von den Beratungen über das Tangerregime eine Ungerechtigkeit gewesen wäre. Wenn diese Ausschließung bei einer Neuregelung beibehalten werden sollte, so wäre damit der Zwiespalt nur verstärkt und dauernd gemacht. Darum fordert der „Corriere della Sera" die Wiederaufnahme der Verhandlungen über Tanger mit besonderer formaler und materieller Rücksicht auf alle Mittelmeermächte. Wenn die Verhandlungen von Udschda den Anlaß zu einer freundschaftlichen Prüfung in diesem Sinne bieten würden, so wäre das ein wertvolles Ergebnis für den Frieden Europas. Andernfalls gehe alles nur auf eine vorläufige Unterwerfung der Rebellen unter den Maghzen von Marokko hinaus, ein Ergebnis von zweifelhaftem Wert, das man in Frankreich auf die Dauer kaum ernst nehmen könne.

*

a. **Paris**, 15. 4. (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Briand hatte gestern eine Unterredung mit dem italienischen Botschafter in Paris, Baron Avezzana. In Anbetracht des Interesses, das für die marokkanischen Ereignisse in Italien bekundet wird, ist anzunehmen, daß sich die Unterredung insbesondere auf Marokko bezogen habe.

Amundsens Abschiedsgruß.

ac. **Oslo**, 15. 4. (Eigenbericht.)

Roald Amundsen nahm von Norwegen Abschied in einem Vortrage, den er im Osloer Rundfunk hielt. In seinem Heim in Uranienburg hielt er eine Rede, die telephonisch nach der Radiostation in Oslo übermittelt und von dieser weitergegeben wurde. Zuerst richtete Amundsen einen Gruß an den genialen Forscher Fridtjof Nansen, der vor 35 bis 40 Jahren die Polarforschung in neue Bahnen gelenkt habe. „Wenn ich", so erklärte er u. a., „die 23 Jahre zurückdenke, während deren ich mich mit Polarforschung beschäftigt habe, so gehen meine Gedanken immer und immer wieder zu Nansen zurück, dem ich meinen tiefgefühltesten Dank sende." Die Ergebnisse seiner neuen Nordpolexpedition würden, so erklärte Amundsen, in erster Linie geographische sein. Die Hauptsache sei für ihn, als erster von Spitzbergen nach Alaska zu fliegen! „Ich bin der Dankbarkeit gegen die italienische Nation voll. Mein eigenes Land hat mir immer treu beigestanden, man ist mir immer mit Wohlwollen begegnet." Zum Schluß sandte er dem Luftschiff „Norge" einen Gruß. „Hallo, Norge", sagte er, „Hallo Freunde! Wir sind stolz auf Eure erste Fahrt und wünschen Euch weiterhin glückliche Reise. Wir treffen uns auf Spitzbergen!"

*

Das Luftschiff „Norge" hatte bei der Landung einige Schwierigkeiten, weil es in der Nähe des Ankermastes aus seinem Kurs getrieben wurde und genötigt war, das Landungsmanöver zu wiederholen. Kurz nach der Landung erschien der König auf dem Platze. Der Wehrminister hielt eine kurze Ansprache, in der er die Flieger willkommen hieß. Es wurde darauf begonnen, Gas nachzufüllen.

Das Luftschiff ist dann heute früh 1 Uhr 10 Minuten zum Weiterflug nach Leningrad aufgestiegen.

Malmö, 15. 4. **Das Luftschiff „Norge" hat heute vormittag 5,35 Uhr die kleine Stadt Trosa mit östlichem Kurs passiert.**

Münchener Besprechungen über die besetzten Gebiete.

München, 15. 4. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Freiherr Langwerth v. Simmern, ist heute vormittag hier eingetroffen. Um 10 Uhr begannen im Ministerium des Aeußern die Besprechungen über die Fragen der besetzten Gebiete mit den anderen beteiligten Ministerien. Auch der Regierungspräsident der Pfalz, Dr. Matheus, sowie Oberlandesgerichtspräsident Bilabel und Oberstaatsanwalt König werden an den Besprechungen teilnehmen. Um 1 Uhr findet ein Frühstück bei dem Reichsgesandten v. Haniel statt. Das Abendessen werden die Herren bei dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held einnehmen.

Der Lützow-Prozeß in Frage gestellt.

Der Versuch des Schöffengerichts Lichterfelde, die Weiterführung des Prozesses gegen Freiherrn v. Lützow dadurch zu sichern, daß bis zur Wiedergenesung des Erkrankten jeden Mittwoch und Sonnabend eine kurze Gerichtssitzung am Krankenbett in der Villa in Nikolassee abgehalten wurde, scheint nun doch vergeblich gewesen zu sein. Schon bei der gestrigen Verhandlung zeigten sich Spuren einer Verschlimmerung des Allgemeinbefindens des Angeklagten, die von dem behandelnden Arzt und dem Gerichtsarzt festgestellt wurden. Med.-Rat Dr. Störmer hat dem Gericht heute ein schriftliches Gutachten erstattet, in dem er feststellt, daß eine Verschlechterung des Lungenleidens mit doppelseitigen fieberhaften Bronchiten eingetreten ist. Nach dem Gutachten muß die weitere Verhandlungsfähigkeit des Dr. v. Lützow stark bezweifelt werden.

Rademacher schlägt Spence nochmals.

Abreise von Amerika nach dem neuesten Sieg.

mz. **New York**, 15. 4. (Eigenbericht.)

Rademacher unbestritten der Welt bester Schwimmer — das ist der Eindruck, den sein erneuter überlegener Sieg gegen den gefürchteten Spence hervorruft. Der knappe Sieg des Deutschen in der amerikanischen Meisterschaft hatte den Yankee ermutigt, seinen Gegner erneut herauszufordern. Obwohl die Amerikaner dem Magdeburger monatelang aus dem Wege gegangen waren und erst bei den Meisterschaften antraten, als sie glaubten, Rademacher sei durch seine zahlreichen Wettkämpfe ermüdet, ging der Magdeburger in echt sportlicher Gesinnung der erneuten Kraftprobe nicht aus dem Wege. Er hat durch seinen zweiten Erfolg gegen Spence erneut seine unbedingte Führung im Schwimmsport dokumentiert. Er hat durch seine loyale Erfüllung der eingegangenen Verpflichtung der Welt bewiesen, daß deutsche Sportsleute in erster Linie auf die Wahrung des sportlichen Rufes bedacht sind, daß erst in zweiter Linie bei ihnen die Frage: Sieg oder Niederlage, maßgebend ist. In New York ging dieses Zusammentreffen vor sich. Die Strecke betrug 200 Meter. Die Halle war überfüllt.

Bis 50 Yards lag der Amerikaner mit glatten 3 Metern in Führung. Bei 100 Yards waren es noch zwei Meter, und bei 125 Yards lief Rademacher zu gleicher Höhe auf. Noch einige Meter, dann war die Kraft von Spence, der sich durch das harte Anfangstempo sichtlich ausgegeben hatte, gebrochen. Der Magdeburger ging seinem Rivalen auf und davon und gewann mit beträchtlichem Vorsprung in der Zeit von 2:49,1 für 200 Meter Brust; Spence brauchte 2:57,4. Frölich war gleichfalls erfolgreich. Ueber 100 Yards Rücken trat ihm der New Yorker Meister Hosie gegenüber. Er mußte in 1:07,3 die Ueberlegenheit des Deutschen anerkennen. Der kleine Magdeburger fügte seinem Siege einen zweiten an. Im 50 Yards-Freistil, die von ihm in 26 Sekunden zurückgelegt wurden, ließ er den Amerikaner Creem hinter sich.

Alsbald nach diesen neuen Erfolgen trafen Rademacher und Fröhlich die letzten Vorbereitungen für die Ueberfahrt und schifften sich dann auf der „Deutschland" ein, mit der sie auch die Hinfahrt gemacht hatten. Zahlreiche Vertreter des amerikanischen Schwimmsports gaben den Deutschen bei der Abreise das Geleite. Die Ankunft der deutschen Schwimmer in Hamburg ist am 24. oder 25. April zu erwarten.

*

Rademachers Amerikafahrt war ein Erfolg sondergleichen. In acht Städten der Vereinigten Staaten ging Rademacher elfmal an den Start, und stets vermochte er die Welt durch neue Glanzleistungen in Erstaunen zu versetzen. Neben den zahlreichen Rekorden war Rademachers glänzendster Triumph der Sieg in der amerikanischen Brustmeisterschaft über 220 Yards, die er dem Titelhalter Spence abrang.

Einigung über die deutsch-französische Handelsluftfahrt.

a. **Paris**, 15. 4. (Eigenbericht.)

Die Botschafterkonferenz hat sich in ihrer gestrigen Sitzung außer mit den laufenden Angelegenheiten, auch mit der Frage des Standes der deutsch-französischen Luftschiffahrtsverhandlungen beschäftigt, die in einer Sonderkommission seit Monaten geführt werden. Soweit es sich um die Ausarbeitung eines Abkommens für den Handelsluftverkehr handelt, dürften die Besprechungen bereits zu einem sichtbaren Ergebnis geführt haben; es heißt, daß bereits im April die Linien Paris—Köln—Berlin, Köln—London und Kopenhagen—Hamburg—Köln in Betrieb genommen werden sollen. Paris würde nunmehr durch den Berliner Anschluß eine Linie Paris—Moskau erhalten. Auch soll dieser Teil des Vertrages die gegenseitige Unterstützung durch die beteiligten Behörden bei der Durchführung großer Entfernungsflüge vorsehen. Dagegen bestehen die Schwierigkeiten weiter über jenen Teil der Verhandlungen, der sich auf die neun Punkte bezieht, die von der Botschafterkonferenz im Jahre 1920 zur Unterscheidung des Handelsflugzeugs vom Militärflugzeug aufgestellt wurden. Nach der französischen Darstellung besteht Berlin insbesondere darauf, daß die ehemaligen deutschen Fliegeroffiziere in den privaten Flugdienst Aufnahme finden dürfen, was man französischerseits auch weiterhin abzulehnen gedenke. Im übrigen wird jedoch erklärt, daß die Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Sachverständigen im allgemeinen gute Fortschritte zeigen und daß man die Hoffnung hege, in nächster Zeit eine Lösung zu finden.

Zu den Verhaftungen in Nizza.

a. **Paris**, 15. 4. (Eigenbericht.)

Bei der gestern gemeldeten Verhaftung zweier Spione in Nizza handelt es sich, wie sich jetzt herausstellt, nicht um zwei Italiener, sondern um zwei Franzosen namens Procope und Latapie. Beide standen im Geheimdienst des französischen Kriegsministeriums, unterhielten jedoch gleichzeitig Beziehungen zu einer fremden Macht. Es wird von Italien gesprochen, dem sie Auskünfte über den französischen Nachrichtendienst und über die französische Mittelmeerflotte geliefert hätten. Elf Ausländer, mit denen die beiden Verhafteten Beziehungen unterhielten, wurden bereits ausgewiesen. Einer der beteiligten Ausländer hält sich noch in Paris auf. Procope ist in Nizza Inhaber einer kleinen Zuckerbäckerei und unternahm im Dienst Frankreichs mehrfache Reisen nach Italien.

Große Familientragödie.

In ihrer Wohnung in der Hauptstraße 155 in Schöneberg wurde Donnerstag mittag gegen 1 Uhr die 46 Jahre alte Ehefrau Elise Engel mit ihren vier Kindern durch Gas vergiftet, tot aufgefunden. Die vier Kinder sind Georg, geb. 1911; Fredi, geb. 1912; Hermann, geb. 1913 und Edith, geb. 1916.

a. **Paris**, 15. 4. (Eigenbericht.)

Der Eisenbahnverwaltungsrat hat in seiner heutigen Sitzung eine Erhöhung der Tarife um 6 Prozent beschlossen.

Gleichschritt der Jahrhunderte.

Auch Tschitscherin verglich neulich den Völkerbund der Heiligen Alliance. Die Ironie der Weltgeschichte begnügt sich aber nicht mit der Tatsache, daß die Liga der Demokratie im Werden und Wirken bisher jenem Fürstenbund ähnelte, vor dem sich alle freiheitlich gesonnenen oder guten Europäer noch bis in unser Jahrhundert bekreuzigten, sondern will anscheinend auch in Zukunft dem Völkerbund gleiche Schicksale wie der Heiligen Alliance bereiten.

Der Gleichschritt zweier Jahrhunderte war schon zu vernehmen, als der Weltkrieg, wie vordem der Koalitionskampf gegen Bonaparte, die Macht des stärksten Militärstaates brach. Dann teilten die Großen in Versailles, wie fast genau hundert Jahre früher in Wien, ihren Gewinn hinter geschlossener Tür, während draußen die Kleinen mit dem Ohr am Schlüsselloch das Rätsel ihres drinnen bestimmten Geschicks zu lösen versuchten.

Die Sieger von 1815 hatten wie die von 1919 den Wunsch, ihren Gewinn zu sichern und ihren Frieden zu verewigen. Darum rief der Wiener Kongreß die Heilige Alliance und die Versailler Feme den Völkerbund ins Leben. Die Schöpfung des schwärmerischen Kaisers Alexander von Rußland war das Vorbild Wilsons, der als Politiker nachahmte, wie er als Historiker nachschrieb. Der vom Zaren erdachte Fürstenpakt war zugleich ein politisch-religiöses Glaubensbekenntnis der Kontrahenten. Sie verpflichteten sich, Eroberungen zu verhindern, den Weltfrieden zu wahren und die Staatsautorität auch über die Grenzen ihrer Lande hinaus zu schützen. Die Monarchen wollten die Welt „safe for monarchy", wie später die Demokraten „safe for democracy" machen.

Britannien, der Kirchenstaat und die Türkei blieben der Liga fern. Der König von Preußen und Metternich zögerten beizutreten, weil der Pakt „Alles und Garnichts vorsah". Doch bald gewann die Rührigkeit der „Jakobiner" jener Tage den Oesterreicher der Alliance, und jetzt durfte auch Friedrich Wilhelm III. sich nicht ausschließen. Der Verlauf der Sitzungen der Fürstenliga bietet insofern keine Parallele zu denen des Völkerbundes in Genf, als die Bevollmächtigten der Monarchen in den bescheidenen Gasthöfen zu Laibach, Troppau, Verona tagten und zu ihren Beratungen keines kostspieligen permanenten Apparates bedurften. Doch Frieden und Ruhe brachten auch ihre Verhandlungen Europa nicht. Die Geschichte des vorigen Jahrhunderts beweist, daß der in politischer und religiöser Ueberzeugung wurzelnde Wille von Fürsten weder Kriege noch Revolutionen verhindern konnte. Werden Ministerpräsidenten oder Kanzler, die ihr Parlament während der Beratungen in Genf aus dem Amtsstuhl ins Privatleben schicken darf, erfolgreicher sein?

Im vorigen wie im gegenwärtigen Jahrhundert konnten die Amerikaner sich nicht für die Liga erwärmen. (Wilsons Anregung und sein baldiges Verschwinden ins Privatleben geben nur Anlaß, die eben aufgeworfene Frage zu wiederholen.) Der Kongreß von Troppau erklärte Staaten, die ihre Regierung durch Revolution wechselten, für unwürdig, in der Alliance zu bleiben. Schien eine durch Umsturz zur Macht gelangte Regierung durch Handlungen oder Beispiel andere Staaten zu gefährden, dann sollten die Mächte der Liga mit freundschaftlichem Rat oder Waffengewalt die alte Ordnung wieder herstellen und den bekehrten Sünderstaat in den Schoß der Alliance zurückführen.

Nun hatten sich während der napoleonischen Kriege spanische Kolonieen in Amerika befreit, also ihre überseeische Regierung durch Revolution gestürzt. Nachträglich erwog jetzt die Alliance, den jungen Republiken zunächst mit freundschaftlichem Rat zu nahen. Doch in die Beratung schlug plötzlich die Verkündung der Monroedoktrin durch den gleichnamigen Präsidenten der Vereinigten Staaten. Metternich hätte wieder lächeln dürfen, weil die Botschaft „Alles und Garnichts" sagte. Aber gerade darum waren ihre Worte nicht minder geschickt gewählt, als die Stunde. Liebäugelte doch England endlich mit der Alliance, die seiner überlieferten Politik der Bündnisbildung gegen die stärkste Landmacht ein Ende machte. Jetzt schien Abwarten geraten, und Britannien ging in seine Lauerstellung zurück. Wenn die Vereinigten Staaten mit der Alliance in Konflikt gerieten, winkte dem Zuschauenden als leichte Beute vielleicht Kuba, auf das in jenen Tagen Engländer und Amerikaner wünschende Augen richteten.

Der Zar schien gewillt, für die Alliance den Handschuh Monroes aufzuheben, und erklärte durch seinen Botschafter in Washington die jungen Republiken Südamerikas außerhalb des Völkerrechts. Anerkennung ihrer Vertreter sei unmöglich. Wieder spitzten die Nordamerikaner die Ohren, denn auch ihre Regierung hatte die Macht durch Revolution gewonnen. Doch Englands Hoffen ging nicht in Erfüllung, denn Kaiser Alexander beschied sich mit einem Notenkrieg gegen die Vereinigten Staaten, weil die verbündeten Fürsten seinen Protesten den Nachdruck der Waffen nicht leihen wollten und konnten. Also war der Beweis erbracht, daß der Wille der Liga, Eroberungen oder Revolutionen zu verhindern, nicht über das Weltmeer reichte. Die Amerikaner atmeten auf. Sie konnten Texas nehmen und Kalifornien und Neu-Mexiko mit Waffengewalt dem Mutterstaat entreißen.

Hier ist auch ein künftiger Gleichlauf der Geschehnisse zweier Jahrhunderte vorauszusagen. Die amerikanische Presse bekundet seit geraumer Zeit den unbeirrbar festen Entschluß, auch den Rest von Mexiko „safe for democracy" zu machen. Sogar in unpolitischen Familienblättern werben ernste, kühle Artikel für den Griff über den Rio Grande, um auch im letzten Farmer oder Hinterwäldler von hundert Millionen wieder den zähen Yankeewillen zum „Kreuzug" zu wecken. Unsere Geduld und Langmut sind erschöpft, klagen die Verfasser und schlagen Mexikos Debet auf. Längs der langen Landesgrenze